

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Das Gestern als Gesetz

Ministerin Bulmahn will Studiengebühren verbieten: Linkes Projekt, (unge)rechte Folgen / *Josef Joffe*

Ein Bollwerk des Bestehenden, ein gewaltiges Subventionssystem für die höheren Stände - derlei wird in Deutschland nicht abgeschafft, sondern festgeschrieben, jedenfalls wenn es der Bundestag an diesem Donnerstag so beschließt. Er soll einen alten Traum der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn verwirklichen, die schon so oft nachbessern musste: das Verbot von Studiengebühren für das Erst- und Aufbaustudium. Selbstverständlich im Namen des Guten und Gerechten: Kinder und ihre Eltern brauchen "verlässliche Rahmenbedingungen". Sprich: Es darf sich nichts ändern. Und: Deutschland fehlten die Studenten, folglich dürfe es keine "abschreckenden Gebühren" geben.

Wie oft sind solche Scheinargumente zerpfückt worden! Abschreckende Gebühren: In Deutschland studiert ein Drittel eines Jahrgangs, in Amerika die Hälfte; doch ob in Harvard oder am staatlichen Junior College - es kostet überall Geld. In England und Australien hat Labour Gebühren eingeführt; in beiden Ländern stieg der Andrang. Den wahren Grund für diese Verachtung der Empirie nennt ungewollt ein Studentenfunktionär: In Deutschland "hält man sein Geld lieber zusammen, als sich für ein Bildungsdarlehen zu verschulden". Mit anderen Worten: Wir wollen das Geld lieber für den Zweitwagen, den Drittturlaub als für das kostbare Gut namens Bildung ausgeben.

Fakten stören die Ideologie

Soziale Gerechtigkeit: Auch hier sprechen die Fakten eine klare, wiewohl ideologievernichtende Sprache. Je nachdem, wie man die Kriterien setzt, gehören 70 bis 90 Prozent der Studenten zur Mittel- und Oberschicht. Das heißt, ganz kühl, dass die Friseurin, der Kellner das Studium der "Bessergestellten" mitfinanzieren, dass dergestalt die "höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten" dürfen, wie schon Marx und Engels in der Kritik des Gothaer Programms (1875) beißend vermerkten. Dabei ist es geblieben.

Heute drückt es die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung so aus: "Ein Kind aus einer Familie, in der Vater und Mutter akademisch qualifiziert und im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, holt für seine Familie Transfers und Steuerersparnisse." Doch ist die Geschichte damit noch nicht zu Ende, darf doch der Studierende ein höheres Lebens Einkommen erwarten als "Erwerbspersonen ohne Hochschulausbildung", wie es im dürren Sozialforscherdeutsch heißt. Und noch weiter: Warum ist es gerecht, dass eine Kosmetikerin, ein Physiotherapeut für die Ausbildung berappen müssen, während der Jurist diese umsonst bekommt? Schließlich: Wer der Gerechtigkeit tatsächlich dienen will, muss im Kindergarten anfangen, in einem Alter, wo "Herkunft gleich Zukunft" am schärfsten greift. Doch hier zahlen sie alle, Reich und Arm.

Zu Recht also steht der

Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz (siehe Interview, Seite 86) "fassungslos" vor dem Gesetz der Frau Bulmahn, das den Universitäten die Gebührenquelle zuschütten soll, während in der Republik Hunderte von Professorenstellen gestrichen werden. Zu Recht beklagt Thomas Oppermann (SPD), Wissenschaftsminister in Hannover, ein System der "gigantischen Ressourcenverschwendung", das zu überlanger Verweildauer animiert und so zum Steuerungsinstrument für einen maroden Arbeitsmarkt verkommen ist - nach der Devise "Wer länger studiert, geht kürzer stempeln", wie die Financial Times Deutschland höhnt.

Warum aber wird das Absurde in Gesetzesform gegossen? Die Antwort ist einfach. Es geht nicht um die Armen und Bedürftigen; es geht um ein Millionenheer von Privilegierten in der Mittel- und Oberschicht, das sich, anders als die Benachteiligten, sehr wohl zu wehren weiß. Es geht um die "Mitte", neu oder alt, die das dickste Stück im Transferkuchen bekommt, damit sie nicht allzu laut aufschreit, weil sie gleichzeitig auch die meisten Steuern bezahlen muss.

Wie Gerechtigkeit (und nebenher auch die effiziente Ressourcenverteilung) tatsächlich aussehen würde? Eine Gesellschaft, die gegenüber Herkunftsprivilegien blind sein muss, um in jeder Generation so vielen wie nur möglich gleiche Aufstiegschancen zu verschaffen,

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

darf nicht nach dem
"Gießkannenprinzip" helfen. Wer
kann, soll bezahlen; wer nicht kann
(aber nur der), soll bekommen.
Wenn aber alle ein
"Staatsstipendium" gereicht kriegen,
vergessen die allermeisten, wie

kostbar das Gut Bildung ist.
Wird "Stillstandsland D" einen
Triumph feiern, wenn der
Bundestag mit Bulmahn votiert?
Dass es nur ein kurzer wird, dafür
müssen der Bundesrat, die Länder

sorgen - durch Einspruch, durch
Klagen. Die Universität darf keine
Sozialanstalt für die "höheren
Klassen" bleiben.